

EU-NACHRICHTEN

Verbraucherschutz

Frist für Neu-Zulassung von Medizinprodukten soll verlängert werden

>> 3

Europäische Integration

Kroatien führt den Euro ein und tritt dem Schengen-Raum bei

>> 4

30 Jahre EU-Binnenmarkt

So profitieren Unternehmen und Beschäftigte

>> 6



Mit Schwedens Ministerpräsident Ulf Kristersson beriet Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen über die politischen Prioritäten der kommenden sechs Monate.

© European Union, 2023

■ VERBRAUCHERSCHUTZ

Saubereres Trinkwasser in Europa

In der Europäischen Union greifen fortan die weltweit höchsten Standards für Trinkwasser. Die EU-Kommission hatte die Regeln als direkte Reaktion auf die erste erfolgreiche Europäische Bürgerinitiative [Right2Water](#) vorgelegt. 1,6 Millionen Menschen hatten damals für einen besseren Zugang zu sauberem Trinkwasser unterschrieben.

Die [Europäische Bürgerinitiative](#) ist im Vertrag von Lissabon verankert. Seit 2009 können Bürgerinnen und Bürger wichtige Themen voranbringen. Voraussetzung sind europaweit eine Million Unterschriften aus mindestens sieben Mitgliedstaaten innerhalb von zwölf Monaten, dann wird das entsprechende Thema von der EU-Kommission näher bearbeitet.

[Wasserqualität](#)

■ ARBEITSPROGRAMM

Neuer Industrieplan für saubere Technologien

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat eine neue Industriestrategie angekündigt, die Investitionen in erneuerbare Energien und saubere Technologien forciert und Europas strategische Unabhängigkeit sichert. Von der Leyen sagte in einer Rede im Europäischen Parlament: „Wir müssen ein Regelungsumfeld schaffen, das es uns ermöglicht, rasch zu expandieren und günstige Bedingungen für die Clean-Tech-Industrie zu schaffen.“

Zugleich kündigte die Präsidentin für dieses Jahr ein Netto-Null-Industriegesetz an, das die industriepolitischen Ziele für den Ausbau klimaneutraler Technologien bis 2030 festlegt. Die Präsidentin ergänzte: „Besonders aufmerksam werden wir prüfen, wie die Genehmigungen für neue Standorte für saubere Technologien vereinfacht und beschleunigt werden können.“

Bei einem [Besuch der EU-Kommission im nord-schwedischen Kiruna](#) hatte von der Leyen bereits zuvor erklärt: „Lassen Sie uns Europa grüner, sicherer und freier machen.“ Schweden hat zum Jahresbeginn für sechs Monate den [Vorsitz](#) unter den EU-Mitgliedstaaten übernommen, im zweiten Halbjahr folgt Spanien. In Kiruna erörterten EU-Kommission und schwedische Regierung die

[Agenda für das kommende Halbjahr](#). Im Mittelpunkt stehen dabei unter anderem:

▶ Neuer Industrieplan und fairer Wettbewerb: „Europa ist Pionier und Vorreiter bei sauberen Technologien“, lobte von der Leyen. Doch fördern andere Länder ihre Industrien massiv. So hat die USA mit dem Gesetz zur Verringerung der Inflation – Inflation Reduction Act (IRA) – ein Klimakonjunkturprogramm aufgelegt. Auch China stützt seine Wirtschaft. Von der Leyen kündigte für 2023 einen Europäischen Souveränitätsfonds an, um eine angemessene europäische Antwort zu ermöglichen. Das neue Netto-Null-Industrie-Gesetz soll nach dem Vorbild des [Europäischen Chip-Gesetzes](#) saubere Technologien in Europa im Rahmen des [europäischen Grünen Deals](#) forcieren.

>>

„Wir brauchen eine florierende, erfolgreiche Industrie für saubere Technologien.“

Ursula von der Leyen, EU-Kommissionspräsidentin

>>

Dabei geht es nicht allein um finanzielle Zusagen, sondern auch um schnellere Genehmigungen. Von der Leyen erläuterte: „Ziel ist es, in strategische Projekte entlang der gesamten Lieferkette zu investieren.“ Zudem will die EU-Kommission in diesem Jahr die Regeln für die staatlichen Beihilfen für Unternehmen anpassen, die in saubere Technologien investieren. Bereits seit Jahresbeginn greift eine neue Regelung über die Subventionen von Drittstaaten in der EU.

erneuerbarer Energien anstreben.“ Darüber hinaus steht eine Initiative zum Strommarktdesign an, um die Elektrizitätskosten weniger anfällig für steigende Gaspreise zu machen. EU-Energiekommissarin Kadri Simson twitterte: „Wir prüfen, wie Verbraucherinnen und Verbraucher stärker von den Kostenvorteilen der Erneuerbaren profitieren können.“

Hilfe für die Ukraine: Angesichts der andauernden russischen Angriffe, auch auf zivile Ziele in der Ukraine, sagte von der Leyen dem Land weitere Unterstützung zu. Im Vorjahr hatte die EU-Kommission 19,7 Milliarden Euro an *Finanzhilfen* geleistet. Für 2023 stellt die Kommission 18 Milliarden Euro bereit. Drei Milliarden Euro wurden bereits überwiesen, damit die ukrainische Regierung in den ersten beiden Monaten Löhne und Gehälter an Lehr- und Klinikpersonal auszahlen kann. Gemeinsam mit den Staaten der G7 koordiniert die EU-Kommission zudem eine Plattform für Ukraine-Hilfen.

Neue Energien: Europa hat sich seit dem Start der russischen Invasion aus der Abhängigkeit von fossilen Energieträgern aus Russland gelöst. Künftig baut die EU auf Erdgas aus anderen Ländern. Mit dem Programm REPowerEU baut Europa zudem den Anteil erneuerbarer Energien aus. Von der Leyen setzt auf den weiteren Ausbau von Windkraft und Solarstrom, sie sagte: „Wir sollten auch in diesem Jahr eine Verdoppelung der neuen Kapazitäten

Mehr Sicherheit: Von der Leyen schlug bereits 2021 den Aufbau einer Sicherheitsunion vor, um die verteidigungspolitische Kooperation zwischen den Mitgliedstaaten zu verstärken. Russlands Einmarsch in die Ukraine macht sicherheitspolitische Kooperationen umso dringlicher. So vereinbarten EU und NATO zu Jahresbeginn eine engere Zusammenarbeit, etwa beim Schutz der kritischen Infrastruktur. Die EU-Kommission legt darüber hinaus in diesem Jahr ein Paket zur Sicherheit von Seewegen und vor strategischen Bedrohungen aus dem Weltraum vor. Die Präsidentin mahnte in einer *Erklärung*: „Wir wissen, dass unsere Gegner und unsere Wettbewerber alle möglichen Instrumente einsetzen, um uns herauszufordern und unsere Sicherheit zu untergraben.“

Beim Treffen der EU-Kommission mit Schwedens Regierung nahm das Land auch seinen *Weltraumbahnhof Esrange* in Betrieb, die EU kann deshalb künftig Satelliten von europäischem Boden aus ins All schicken. Zudem gab Schweden den Fund von rund einer Million Tonnen an seltenen Erden bekannt. Die Metalle wie Scandium oder Lanthan werden für den Bau von Brennstoffzellen oder Computerbauteilen genutzt. (pr)

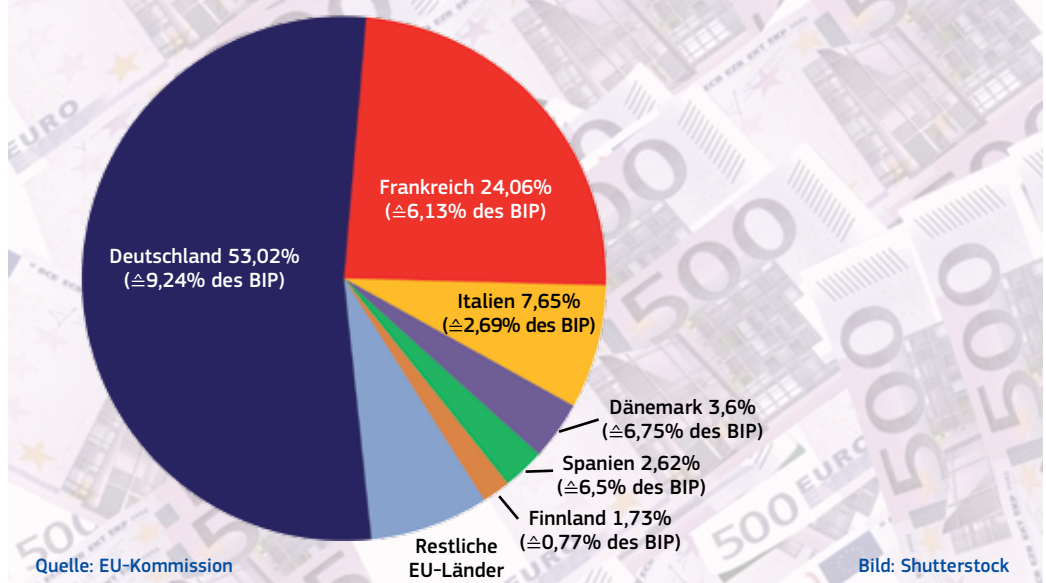
Rede der Präsidentin im Europäischen Parlament

Gelder für Brückenbau in Deutschland

Die EU-Kommission unterstützt den Ausbau der verteidigungspolitischen Infrastruktur in Europa. So werden in Deutschland sechs Eisenbahnbrücken für den Transport von Militärgütern ausgebaut, unter anderem auf der Strecke von Frankfurt/Oder über Berlin in die Hafenstadt Hamburg sowie auf der wichtigen Ost-West-Verbindung von Berlin über Magdeburg nach Hannover. Zudem werden Brückenbauten zwischen Köln und der belgischen Grenze sowie zwischen Osnabrück und der niederländischen Grenze gefördert. Insgesamt stellt der „Aktionsplan zur militärischen Mobilität 2.0“ rund 610 Millionen Euro für die Erneuerung der Verteidigungs-Infrastruktur in der EU bereit. EU-Verkehrskommissarin Adina Vălean betonte den doppelten Charakter der Investitionen für zivile und verteidigungspolitische Zwecke und erklärte: „Ich freue mich, dass einige der Projekte in Deutschland, Rumänien und Polen direkt die Verbesserung der Infrastruktur auf den Solidarity Lanes, unseren Korridoren für die Ein- und Ausfahrten der Ukraine, betreffen.“

Stützungsmaßnahmen der Mitgliedstaaten für ihre Wirtschaft 2022

(Anteil ausgewählter EU-Länder an der Gesamtsumme der genehmigten Maßnahmen von 672 Milliarden Euro)



■ VERBRAUCHERSCHUTZ

Kommission will Fristen für Medizinprodukte-Tests verlängern

EU-Gesundheitskommissarin Stella Kyriakides hat vorgeschlagen, die Fristen für die neue Prüfung von [Medizinprodukten](#) auszuweiten.

Für Produkte mit höherem Risiko wie etwa Herzschrittmacher und Hüftimplantate wird die Genehmigungsfrist bis Ende 2027 verlängert, für Material mit geringem Risiko wie Injektionsspritzen oder wiederverwendbare chirurgische Instrumente gilt eine Frist bis Ende 2028. Kyriakides erklärte: „Wir schlagen einen neuen zeitlichen Ablauf vor, um den Herstellern Sicherheit zu bieten, damit unverzichtbare Medizinprodukte weiter hergestellt werden können, kurzfristig jegliches Risiko von Engpässen verringert und der Zugang für die am meisten auf diese Produkte angewiesenen Patientinnen und Patienten gewährleistet wird.“

Mitgliedstaaten und Europäisches Parlament hatten sich 2017 auf die neue [Verordnung für Medizinprodukte](#) verständigt. Auslöser für

die Reform war ein Vorfall um gesundheitsgefährdende Brustimplantate in Frankreich und Deutschland. Die Regelung sieht strengere Tests für medizinisches Material vor. Der französische Hersteller der Implantate hatte die Zusammensetzung des Produkts geändert, ohne ausreichend darüber zu informieren.

[Zertifizierung von Medizinprodukten](#)



© Shutterstock

■ ESF+

EU unterstützt Bildungsprogramme in Deutschland

Mit der Konferenz „Durchstarten! Der Europäische Sozialfonds Plus für Deutschland“ ist die neue ESF+-Förderperiode 2021 bis 2027 gestartet. Die EU fördert [Bildungs- und Weiterbildungsprogramme in Deutschland](#) bis 2027 mit insgesamt 6,56 Milliarden Euro, davon 4,34 Milliarden Euro für Vorhaben auf Landesebene und 2,22 Milliarden Euro für Bundesprogramme. EU-Sozialkommissar Nicolas Schmit erklärte: „Der Europäische Sozialfonds+ trägt maßgeblich dazu bei, den Menschen zu helfen, neue und bessere Arbeitsplätze zu finden und ein

zuverlässiges Sicherheitsnetz für die Schwächsten der Gesellschaft zu knüpfen. Auf diese Weise dient der ESF+ in ganz entscheidender Weise der Umsetzung gemeinsamer europäischer Ziele in den Bereichen Beschäftigung, lebenslanges Lernen und Armutsbekämpfung.“ Mit dem [Europäischen Jahr der Kompetenzen](#) rückt die EU 2023 Bildung und Weiterbildung noch stärker in den Mittelpunkt.

[ESF+ in Deutschland](#)

■ DISCOVEREU

Fast 9.000 kostenlose Zugtickets gehen nach Deutschland

Fast 9.000 Jugendliche aus Deutschland können mit dem Programm DiscoverEU von März an mit einem kostenlosen Bahnticket Europa erkunden, europaweit machen sich 47.700 junge Menschen auf den Weg. Erstmals bietet die EU in diesem Jahr auch thematische [Kultur-Routen](#) und Ermäßigungen für kulturelle Aktivitäten. Mariya Gabriel, EU-Kommissarin für Innovation, Forschung, Kultur, Bildung und

Jugend erklärte: „Wir wünschen allen Reisenden unvergessliche Erlebnisse.“ [DiscoverEU](#) ging vor fünf Jahren an den Start. Seither haben sich rund 916.000 Jugendliche beworben, 212.700 wurden per Los für die Travel-Pässe ausgewählt. Die nächste Bewerbungsrunde startet im März.

[Europa erkunden](#)

■ NEUES EUROPÄISCHES BAUHAUS

EU-Kommission zieht positive Zwischenbilanz

Zwei Jahre nach der Gründung des Neuen Europäischen Bauhauses (NEB) hat die EU-Kommission einen ersten [Fortschrittsbericht](#) vorgelegt. So wurde in Deutschland zum Beispiel das Projekt „Closing the Loop“ in Berlins Bausektor unterstützt, eine Initiative zur Umsetzung der Kreislaufwirtschaft im Baubereich. Das Berliner Start-up Flower Matter erstellt mit Flaux ein nachhaltiges Textilmaterial aus Blumenabfällen.

Das [Neue Europäische Bauhaus](#) verbindet die Ziele der Klimaneutralität des europäischen Grünen Deals mit neuen Ideen aus Design, Kunst und Architektur. Es knüpft an die Bauhaus-Bewegung um

Walter Gropius zu Beginn des 20. Jahrhunderts an und soll einen neuen gestalterischen Aufbruch in Europa vorantreiben. Die Initiative war 2020 von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen gestartet worden. Seither ist das Vorhaben mit rund 100 Millionen Euro unterstützt worden, für die Jahre 2023 und 2024 stehen zusätzlich 106 Millionen Euro aus dem Forschungsprogramm Horizont Europa zur Verfügung. Damit kann das transnationale NEB-Netzwerk weiter ausgebaut werden. In Deutschland gibt es bisher 74 NEB-Partner, europaweit sind es 600.

[Impulsgeber für den Grünen Deal](#)

Kroatien führt den Euro ein und tritt dem Schengen-Raum bei

Kroatien ist zum Jahreswechsel der Euro-Zone beigetreten. Zeitgleich wurde das Land Mitglied im Schengen-Raum, damit entfallen Grenzkontrollen bei der Ein- und Ausreise in benachbarte Mitgliedstaaten wie Slowenien, Ungarn und Italien.



Ein Banner an einem Gebäude der Kommission in Brüssel begrüßt Kroatien als zwanzigsten EU-Mitgliedstaat in der Eurozone.

© Alexandros Michailidis / Shutterstock.com

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen erklärte zum Jahresauftakt bei einer Feier im kroatisch-slowenischen Grenzort Bregana: „Die Möglichkeit, Binnengrenzen ohne Kontrollen zu überschreiten, ist eine wichtige Errungenschaft. Das Gleiche gilt für die Möglichkeit, grenzüberschreitend in derselben EU-Währung zu bezahlen.“

Kroatien hat als zwanzigster Mitgliedstaat der EU die Gemeinschaftswährung Euro eingeführt. Nach einer Übergangsfrist von zwei Wochen, bei der auf Barzahlungen in der alten Landeswährung Kuna das Wechselgeld in Euro ausgegeben wurde, ist die Gemeinschaftswährung seit Mitte Januar

alleiniges Zahlungsmittel. Restbestände an Bargeld in der alten Landeswährung können – auch von Reisenden in dem beliebten Urlaubsland – weiterhin umgetauscht werden. Um versteckte Preiserhöhungen bei der Währungsumstellung zu vermeiden, werden Waren bereits seit

September vergangenen Jahres in Euro und Kuna ausgepreist.

EU-Währungskommissar Paolo Gentiloni betonte: „Was für ein historischer Moment sowohl für Kroatien als auch die Europäische Union. Vielleicht hat kein EU-Mitgliedstaat in den letzten drei Jahrzehnten eine so unglaubliche Reise gemacht: von den Schrecken des Krieges

in den 1990er Jahren bis zur EU-Mitgliedschaft im Jahr 2013. Die Menschen werden nun zwei der greifbarsten Vorteile der EU-Integration genießen.“

Kroatien hatte 1990 seine Unabhängigkeit erlangt und war 2013 der Europäischen Union beigetreten. Es hat zum Jahreswechsel auch den Beitritt zum Schengen-Raum vollzogen. Von der Leyen lobte: „Die nächste Generation von Kroaten wird im Schengen-Raum aufwachsen. Die Menschen werden frei reisen können, Geschäftsverkehr wird nicht länger durch Kontrollen behindert.“

Kroatien ist das 27. Mitglied im Schengen-Raum, dem neben 23 EU-Staaten – darunter Deutschland – auch Island, Norwegen, Liechtenstein und die Schweiz angehören. Die Unterzeichnerstaaten verzichten auf Kontrollen an den Binnengrenzen und haben gemeinsame Einreise-Bestimmungen sowie Datenbanken wie das Schengen-Informationssystem (SIS) für die Zusammenarbeit der Polizeibehörden. Von der Leyen mahnte: „Wir müssen sehr eng zusammenarbeiten, um Schengen zu schützen und seine Vorteile zu erhalten. Denn Schengen ist keine Selbstverständlichkeit.“

Die EU-Kommission hatte die Aufnahme Kroatiens in den Schengen-Raum im vergangenen Jahr vorgeschlagen. EU-Innenkommissarin Ylva Johansson betonte: „Jedes neue Mitglied von Schengen macht die Europäische Union stärker.“ Zugleich versprach die Kommissarin den Einsatz der EU-Kommission, um den Schengen-Beitritt der Mitgliedstaaten Bulgarien und Rumänien zu verwirklichen. „Ich setze mich weiterhin persönlich dafür ein, dass sowohl Rumänien als auch Bulgarien in naher Zukunft Mitglieder werden.“ (pr)

Erklärung der Kommissionspräsidentin

In Europa gibt es derzeit keinen Ort, an dem der Verweis auf Neuanfänge und neue Kapitel größere Berechtigung hätte als hier in Kroatien.

Ursula von der Leyen,
EU-Kommissionspräsidentin

Schnelle Akzeptanz

Bereits eine Woche nach Einführung des Euro wurden in Kroatien 51 Prozent der Barzahlungen in Euro abgewickelt, wie eine Eurobarometer-Umfrage ergab. 70 Prozent der Geldautomaten waren bereits in der Neujahrsnacht auf die neue Währung umgestellt.

35 Prozent der Bevölkerung in Kroatien gaben nach knapp einer Woche an, nur noch Euro-Geldscheine mit sich zu führen. Bei den 15- bis 24-Jährigen betrug der Anteil 63 Prozent, bei den über 55-Jährigen hatten 43 Prozent der Befragten ausschließlich Euro-Geldscheine in der Geldbörse. 8 Prozent der Befragten zahlten ausschließlich mit Karte.

■ VIELFALT

Die neuen Kulturhauptstädte Europas heißen Timișoara, Elefsina und Veszprém

Die im Westen Rumäniens gelegene Stadt Timișoara ist besonders für ihre Sezessionsarchitektur bekannt.

© Shutterstock

Europa hat in diesem Jahr drei neue Kulturhauptstädte: Timișoara in Rumänien, Veszprém in Ungarn und den griechischen Küstenort Elefsina. Sie folgen auf Esch in Luxemburg, Novi Sad in Serbien und Kaunas in Litauen, die sich im vergangenen Jahr als Kulturhauptstädte präsentieren konnten. Margaritis Schinas, Vizepräsident der EU-Kommission, erklärte zum Auftakt in einer feierlichen Zeremonie vor der Akropolis in Athen: „Kultur ist ein Grundrecht.“

Schinas ergänzte: „Die Kulturhauptstädte Europas sind Botschafter unserer gemeinsamen Werte: Frieden, Freiheit, Demokratie, Vielfalt und Solidarität.“

In ihren Kulturprogrammen setzen die drei Städte unterschiedliche Schwerpunkte:

▶ **Veszprém:** Die Stadt im Westen Ungarns feiert den offiziellen Start als Kulturhauptstadt Europas am 21. Januar und betont unter anderem die Musik. Bereits 2019 wurde Veszprém von den Vereinten Nationen der Titel Stadt der Musik verliehen. Nun hat der Ort das Ziel ausgegeben, die Gemeinde mit der größten Anzahl an Musikerinnen und Musikern in Ungarn zu werden. Ein weiterer Schwerpunkt des Programms ist die Beziehung des Menschen zur Umwelt. Veszprém liegt in der Nähe des Balaton (Plattensee). Unter anderem wird im Kulturprogramm auf das fragile Ökosystem des Gewässers aufmerksam gemacht. Veszpréms Bürgermeister Gyula Porga erläuterte: „Kulturhauptstadt heißt, kulturelle Antworten auf die Herausforderungen der Zeit zu finden.“

▶ **Elefsina:** Der Küstenort in der Nähe der griechischen Hauptstadt Athen startet am 4. Februar ins Kulturhauptstadtjahr. Bereits in der Antike zog die Stadt mit den Mysterien von Elefsina zahlreiche Besucher an, eine Art Geheimbund, mit dem jährlich die Neugeburt der Natur zelebriert wurde. Die Stadt knüpft an die antike Geschichte an. So lautet das Motto der Kulturhauptstadt „Mysteries of Transition“ – Geheimnisse des Übergangs.

▶ **Timișoara:** Rumäniens drittgrößte Stadt unweit der Grenze zu Serbien und Ungarn eröffnet das Kulturjahr mit einer offiziellen Feier am 17. Februar. Im Zentrum des Programms stehen die multikulturelle Vergangenheit und die gelebte Vielfalt in der Gegenwart. „Shine your light“ – Lass dein Licht leuchten – steht über den zahlreichen Kulturveranstaltungen des Jahres. Bürgermeister Dominic Fritz über das Motto: „Das soll zeigen, dass jeder – ob Mann oder Frau, unabhängig von der Herkunft – etwas beizutragen hat. Jeder kann sein Licht für die Gesellschaft strahlen lassen.“ Timișoara hat das bereits in der Vergangenheit demonstriert: Gleich zwei Nobelpreisträger gingen hier zur Schule: die Schriftstellerin Herta Müller, die 2009 den Literatur-Nobelpreis erhielt, und Stefan Hell, der 2014 mit dem



Chemie-Nobelpreis ausgezeichnet wurde und am Max-Planck-Institut für biophysikalische Chemie in Göttingen forscht.

Der Titel Kulturhauptstadt Europas wird seit 1985 verliehen und bietet Gemeinden in ganz Europa die Möglichkeit, ihre kulturelle Vielfalt und Einzigartigkeit herauszustellen. In Deutschland konnten sich bisher West-Berlin (1988), Weimar (1999) sowie Essen und das Ruhrgebiet (2010) präsentieren.

CHEMNITZ FOLGT 2025

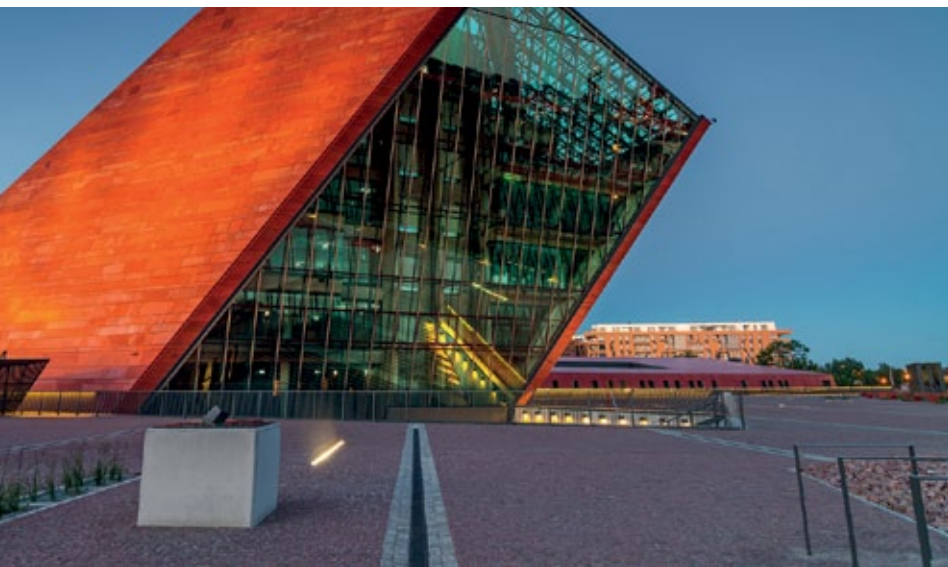
Die nächste europäische Kulturhauptstadt in Deutschland wird 2025 Chemnitz sein. Die sächsische Industriestadt setzte sich im nationalen Vorentscheid unter anderem gegen Nürnberg und Hannover durch.

In Chemnitz haben bereits jetzt erste Kunstaktionen zum Kulturhauptstadtjahr 2025 begonnen. So sind die Anfänge des „Purple Path“ zu sehen, eines Skulpturen- und Kunstweges, der 38 Orte der Kulturregion Chemnitz miteinander verbindet. Auch erste so genannte Maker-Hubs entstehen – Orte in der Stadt, an denen Kunstschaffende mit Interessierten zusammentreffen, um voneinander zu lernen und Neues zu schaffen. Eine der Kultur-Initiativen wird „We Parapom“ sein, ein Kunst- und Klimaprojekt, für das rund 4.000 Apfelbäume gepflanzt werden. Bis 2025 entsteht zusammen mit internationalen Künstlerinnen und Künstlern und gemeinsam mit der Stadtgesellschaft eine Apfelbaum-Route durch Chemnitz. Die ersten Bäume sind bereits gepflanzt. Der Fokus der Programm-Schwerpunkte lautet: „C the unseen“ – das Unsichtbare sichtbar machen. Stefan Schmidtke, Programm-Geschäftsführer der Kulturhauptstadt Europas Chemnitz 2025 GmbH, erklärt: „Wir haben uns vorgenommen, ungesehene Orte, Plätze, Menschen, Ideen, Visionen und Geschichten für Menschen von hier und die Besucherinnen und Besucher der Stadt sichtbar zu machen.“ (pr)

[Kulturhauptstädte 2025](#)

30 Jahre Europäischer Binnenmarkt – So profitieren Unternehmen und Beschäftigte

Der Europäische Binnenmarkt ist ein großes Projekt. Rüdiger Simonis kann die Vorteile im konkreten europäischen Alltag sehr gut erklären: „Keine Binnenzölle, gemeinsame Standards, keine unnötigen Formalitäten. Der Binnenmarkt macht unsere tägliche Arbeit viel einfacher, schneller und unbürokratischer.“



Am Museum des Zweiten Weltkriegs im polnischen Gdansk hat Hauraton die Entwässerungstechnologie in der Eröffnungs- und Etablierungsphase gestaltet und betreut.

© Hauraton

Simonis, 49, muss es wissen. Der Betriebswirt ist Exportleiter beim Rastatter Unternehmen Hauraton. Der Spezialist aus Baden fertigt Entwässerungssysteme – von Regenrinnen fürs Eigenheim, über Regenwasserbehandlungssysteme für Verkehrs- und Industrieflächen bis hin zu Rückhaltesystemen. Alles rund um Regenwassermanagement und Umweltschutz. „Entwässern, Reinigen. Versickern. Zurückhalten“, erklärt Simonis kurz. Und das in mehr als sieben Ländern. Das Kerngeschäft liegt in Europa. Rund drei Viertel des Umsatzes des Unternehmens entfallen auf den Europäischen Binnenmarkt.

Im Januar 1993 – vor 30 Jahren – trat die Vertiefung des Europäischen Binnenmarkts in Kraft. Seither können Waren, Menschen, Kapital und Dienstleistungen im Binnenmarkt frei zirkulieren. So entsteht ein Markt mit rund 450 Millionen Menschen – und vielen Chancen. Nach Schätzungen schafft der Binnenmarkt rund 56 Millionen Arbeitsplätze in Europa – gerade bei kleineren und mittleren Unternehmen (KMU) wie Hauraton. Margrethe Vestager, Exekutiv-Vizepräsidentin der EU-Kommission, erklärte zum Jubiläum: „Der Binnenmarkt ist der weltweit größte Handelsblock und seit dreißig Jahren das Fundament der EU. Er bietet Chancen für Millionen von Unternehmen sowie für die Verbraucherinnen und Verbraucher in Europa.“

FREIER PERSONEN- UND WARENVERKEHR

Beim badischen Unternehmen Hauraton lassen sich die Vorteile des gemeinsamen Marktes in der Praxis besichtigen. Der freie Warenverkehr etwa. Simonis erläutert: „Unsere Lkw fahren von Deutschland in viele Länder, wie zum Beispiel Italien und Frankreich – ohne lästige Zollkontrollen.“ Oder die Personenfreizügigkeit. Rund 220 Menschen

arbeiten bei Hauraton in Baden, gleich an der Grenze zum Elsass. Simonis erzählt: „Ein Viertel unserer Beschäftigten wohnt in Frankreich.“ Teils sind es Franzosen, die in Deutschland arbeiten. Oder Deutsche, die in Frankreich leben. Europa überwindet Grenzen.

Noch weitere Vorteile kann Simonis ausmachen. Gemeinsame Standards für Bildungsabschlüsse. Oder gemeinsame Regeln beim Datenschutz. Der Betriebswirt erklärt: „Wenn wir ein neues Softwaresystem anschaffen, kann ich das überall in der EU einsetzen.“ Europa schafft Sicherheiten. Auch bei den Normen. Etwa für die Bauteile für Entwässerungsrinnen und Rückhaltesysteme gibt es einheitliche Standards. Einmal zugelassen, können die Waren aus Rastatt überall im Binnenmarkt vertrieben werden. Das macht es einfach. Umso schwieriger für jene, die dem Binnenmarkt nicht angehören, wie das Vereinigte Königreich. Der Brexit trifft nicht nur Großbritannien, sondern auch Hauraton. Simonis erläutert: „Zollformalitäten, Mehraufwand bei Dienstreisen. Zudem drohen neue Normvorgaben.“ Der Brexit macht es für niemanden einfacher.

Die EU vertieft den Europäischen Binnenmarkt kontinuierlich. Für 2023 hat die Kommission in ihrem Arbeitsprogramm angekündigt, den gemeinsamen Markt weiter auszubauen, durch einfachere digitale Rechnungen etwa. Rund 21 Milliarden Euro stellt die EU 2023 zur Stärkung des Binnenmarkts zur Verfügung. EU-Binnenmarktkommissar Thierry Breton betont: „Der Binnenmarkt ist viel mehr als nur ein Rechtsrahmen – und auch mehr als nur ein Markt. Er ist ein echter Trumpf, den es zu bewahren, zu verbessern und immer wieder neu zu erfinden gilt.“ (pr)

[Binnenmarkt](#)

Erfolgsgeschichte in Zahlen

Vor 30 Jahren, am 1. Januar 1993, trat der Europäische Binnenmarkt in Kraft.

Rund 3,4 Billionen Euro betrug der Wert von Handel und Dienstleistungen im Jahr 2022, das ist mehr als fünfmal so viel wie zum Start des Binnenmarkts.

14 Billionen Euro an Waren und Dienstleistungen wurden im Binnenmarkt im Jahr 2021 erwirtschaftet.

17 Millionen Menschen arbeiten im Binnenmarkt in einem anderen Staat als ihrem Geburtsland.

Europa in Zahlen

49

Milliarden Euro hat die EU-Kommission an staatlichen Energiehilfen für Unternehmen in Deutschland gebilligt. Damit können Betriebe, die von den steigenden Strom- und Gaspreisen nach Russlands Invasion in der Ukraine besonders betroffen sind, über direkte Zuschüsse bei den Energiekosten entlastet werden. Margrethe Vestager, Vizepräsidentin der EU-Kommission und zuständig für Wettbewerbspolitik erklärte: „Diese Regelung wird Deutschland in die Lage versetzen, die Auswirkungen der steigenden Betriebsmittelkosten auf seine Wirtschaft abzufedern und Strom-, Gas- und Wärmeverbraucher befristet vor den Auswirkungen der extremen Preiserhöhungen zu schützen.“

Nach dem russischen Einmarsch in der Ukraine hatte die EU-Kommission die Regeln für staatliche Beihilfen gelockert. So billigt die Kommission auch staatliche Hilfen in Höhe von 28 Milliarden Euro zum Ausbau erneuerbaren Energien in Deutschland. Ziel ist es, den Anteil der Erneuerbaren bis 2030 auf 80 Prozent am deutschen Energiemix zu steigern.

Energiehilfe

Terminvorschau

DATUM	THEMA	ORT	KONTAKT
> 24.01.2023 15.00 Uhr	„Preisverleihung des Schwarzkopf-Europa-Preises“ Diskussionsveranstaltung Veranstalter: Schwarzkopf-Stiftung Junges Europa	Max Liebermann Haus Pariser Platz 7 10117 Berlin	www.netzwerk-ebd.de/termine/preisverleihung-des-schwarzkopf-europa-preises/
> 24.01.2023 16.30–21.00 Uhr	„Engagement International Berlins Brückenbauer:innen“ Fachgespräch Veranstalter: Europäische Akademie Berlin	Rotes Rathaus Rathausstraße 15 10178 Berlin	www.eab-berlin.eu/de/veranstaltung/24-01-2023/engagement-international-berlins-brueckenbauerinnen
> 26.01.2023 13.30–17.00 Uhr	„Nationaler Produktivitätsdialog“ Diskussionsveranstaltung Veranstalter: Europäische Kommission, Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	Europäisches Haus Unter den Linden 78 10117 Berlin	www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/produktivitaetsdialog2023
> 01.02.2023 19.30–21.00 Uhr	„Klimawandel, Krieg und Globalisierung – Was für eine EU brauchen wir für die globalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts?“ Informationsveranstaltung Veranstalter: Europa-Union Sachsen, Volkshochschule Dresden	Volkshochschule Dresden Annenstraße 10 01067 Dresden	www.europatermine.de/europatermine/termin/28760
> 04.02.2023 11.00–17.00 Uhr	„JuBi - Die Jugendbildungsmesse München“ Informationsveranstaltung Veranstalter: weltweiser – Der unabhängige Bildungsberatungsdienst	Kulturzentrum Trudering Wasserburger Landstr. 32 81825 München	https://weltweiser.de/jubi-muenchen/
> 04.02.2023 17.00–20.00 Uhr	„Wake up Europe Quo Vadis Aida“ Filmfestival Veranstalter: Europäische Akademie Berlin (EAB)	Kino Oyoun Lucy-Lameck-Straße 32 12049 Berlin	www.eab-berlin.eu/de/veranstaltung/11-02-2023/filmfestival-wake-europe-quo-vadis-aida

>> Alle Termine zum Nachlesen und Anklicken finden Sie auch noch einmal hier: https://ec.europa.eu/germany/news/eu-nachrichten_de <<

IMPRESSUM



Vertretung in Deutschland

© Europäische Union, 2023

Herausgeber:

Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:

Leitung: Jörg Wojahn
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de

Regionalvertretung in Bonn:

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

Regionalvertretung in München:

Bob-van-Benthem-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

Redaktion & Grafik:

Birgit Schmeitzner, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)
Peter Riesbeck, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski
MBI Martin Brückner Infosource GmbH & Co. KG • Rudolfstraße 22-24
• 60327 Frankfurt am Main • E-Mail: cp.contact@mbi-infosource.de

Haftungsausschluss:

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keiner Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook



und folgen Sie uns auf Twitter



■ NEUER EINSENDESCHLUSS

Kommission vergibt Schülerzeitungspreis

Im Rahmen des deutschen Schülerzeitungswettbewerbs der Länder vergibt die Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland auch in diesem Jahr ihren Schülerzeitungspreis „Europa“. Mit der Auszeichnung würdigt sie Schülerzeitungen, die sich mit Europa im Alltag ihrer jugendlichen Leserinnen und Leser beschäftigen. Sie bittet junge Medienmacherinnen und Medienmacher an deutschen Schulen aller Schulkategorien, die über aktuelle europäische Themen schreiben, Podcasts oder Videos über europäische Projekte erstellen oder über Erfahrungen mit Europa an ihrer Schule bloggen, ihre Beiträge bei der Jugendpresse oder direkt bei der Vertretung der Europäischen Kommission einzureichen. Der Einsendeschluss wurde bis zum 31. Januar 2023 verlängert.

Insgesamt werden acht Sonderpreise vergeben sowie die drei besten Printzeitungen und die beste Onlinezeitung in sechs Schulkategorien ausgezeichnet. Neben Preisgeldern von bis zu 1.000 Euro sind eine feierliche Preisverleihung und der Schülerzeitungskongress mit einem vielfältigen Weiterbildungsprogramm Teil der Ehrung der Redaktionen.

[Schülerzeitungspreis](#)



© Shutterstock

■ WEBSITE „GELTENDES EU-RECHT“

Schnellzugriff auf das Unionsrecht

„Geltendes EU-Recht“ ist eine neue [Website](#), die einen schnellen und einfachen Zugang zum aktuellen EU-Recht bietet und sich insbesondere an Nicht-Experten richtet. Sie ergänzt [EUR-Lex](#), die Referenz-Website und größte Ressource zum EU-Recht, und bietet einen einfachen und direkten Zugang zur letzten konsolidierten Fassung eines Rechtsakts – der Fassung, die die derzeit geltenden Bestimmungen enthält und alle im Laufe der Zeit vorgenommenen Änderungen und Berichtigungen in einem einzigen Dokument zusammenfasst. „Geltendes EU-Recht“ enthält auch andere Elemente, die das EU-Recht ausmachen: internationale Abkommen, EU-Verträge und die Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union. Einen wichtigen Platz nehmen schließlich die Zusammenfassungen der EU-Gesetzgebung ein: einfache Erklärungen der wichtigsten EU-Rechtsakte, die dem Leser helfen, die von ihm konsultierten Rechtstexte besser zu verstehen.

[„Geltendes EU-Recht“](#)

■ JUGENDKARLSPREIS

Für europäische und internationale Verständigung

Seit 2008 wird der Europäische Jugendkarlspreis an Projekte junger Menschen verliehen, die die Verständigung fördern, die Entwicklung eines gemeinsamen europäischen Bewusstseins vorantreiben und praktische Beispiele für das Zusammenleben der Europäer bieten. Das können verschiedene Jugendveranstaltungen, Jugendaustausche, Planspiele, politische Jugendfestivals, Ausstellungen, Schulungen oder Online-Projekte mit einer europäischen Dimension sein. Der Preis wird vom Europäischen Parlament und der Stiftung Internationaler Karlspreis zu Aachen gemeinsam organisiert. Ausgezeichnet werden Projekte, die von jungen Menschen im Alter von 16 bis 30 Jahren organisiert werden. Für die besten drei Projekte sind Preise zwischen 7.500 und 2.500 Euro ausgelobt. Die Vertreter der 27 ausgewählten nationalen Projekte werden im Mai zur Verleihung des Jugendkarlspreises nach Aachen eingeladen. Bewerbungen werden bis zum 2. Februar entgegengenommen.

[Europäischer Jugendkarlspreis](#)

■ CIVIS MEDIENPREIS 2023

Noch bis 20. Januar Beiträge einreichen

Noch bis zum 20. Januar läuft die Einreichungsfrist für den Civis Medienpreis 2023. Ausgezeichnet werden Beiträge im Fernsehen, Radio, Internet und Kino, die sich den Themen Migration, Integration, kulturelle Vielfalt und – verbunden damit – dem gesellschaftlichen Zusammenhalt in Europa auf herausragende Weise widmen. Die Preise sind insgesamt mit 27.000 Euro dotiert. Die eingereichten Produktionen müssen erstmals im Zeitraum zwischen dem 20. Januar 2022 und 20. Januar 2023 veröffentlicht worden sein. Die CIVIS Preise werden insgesamt in vier Bereichen und mehreren Kategorien vergeben: als Video Award, Audio Award, Young C. Award und Cinema Award (Publikumspreis). Teilnehmende Radio- und Fernsehsender, Produktionsfirmen, Streamingdienste und Ausbildungsstätten müssen ihren Firmensitz in der EU oder der Schweiz haben.

[CIVIS Medienpreis 2023](#)



© European Parliament